





ELER-Förderung 2014 – 2020 - Erste Erwartungen der kommunalen Spitzenverbände -

Hannover

16. Dezember 2011



Allgemeines

- Einigkeit bei den Zielen Bürokratieabbau und stärkere Flexibilität vor Ort, Entschlackung bei der Verwendungsprüfung etc.
- Einheitliches Verfahrensrecht ist sinnvoller Ansatz und wird daher begrüßt
- Neue Partnerschaften und Mehrebenen-Governance klingt gut, hört sich aber nach mehr Bürokratie an
- "Übergangsregionen" sind erfreulich, sie ermöglichen dem Lüneburger Raum einen Übergang
- EU-Fördermittel sind wichtiger Baustein für eine "Ressortübergreifende Strukturpolitik mit/in den Kommunen"



Allgemeines

Kernbotschaften aus dem Zukunftsvertrag:

- Politik für strukturschwache Räume muss ressortübergreifende integrative Regional- und Strukturpolitik sein
- Demografischer Wandel muss zu neuen Synergien und regionaler Wirtschaftsdynamik führen
- Regionale Strukturpolitik in den Bereichen Tourismus, Arbeitsmarkt, Entwicklung ländlicher Raum muss gestärkt werden



Ländliche Entwicklung

- Eine Stärkung der Zweiten Säule ist für die Entwicklung des ländlichen Raums unabdingbar
- Die Partnerschaftsvereinbarungen sind unter frühzeitiger Einbeziehung des kommunalen Bereichs auszuarbeiten
- Derzeit noch unklar, wie der Gemeinsame Strategische Rahmen (GSR) über alle Fonds ausgestaltet wird bzw. werden soll



Maßnahmen der ländlichen Entwicklung

- Neben den drei Zielen und den sechs Prioritäten in der VO hätten wir erwartet, dass der demografische Wandel eine eigene Priorität darstellt, zumindestens aber explizit benannt wird, da er eine der größten Herausforderungen für den ländlichen Raum darstellt
- Die Umsetzung der im VO-Entwurf beschriebenen Maßnahmen in das Programm bleibt abzuwarten
- Die kommunalen Spitzenverbände erwarten eine frühzeitige Einbindung



Erste Bewertung/Ausblick

- Durch die jetzt vorliegenden Verordnungen bieten sich interessante Ansätze für eine Bündelung von Fördermitteleinsätzen
- Bessere Verzahnung von EU- und Landesmitteln kommt der lokalen Ebene zugute
- Für die Verwaltung und Umsetzung einer Integrierten territorialen Investition (ITI) können auch lokale Behörden benannt werden. Diese Chance muss genutzt werden, um ähnlich den RTB im EFRE, Mittel zu regionalisieren.